

BURGENLÄNDISCHE HEIMATBLÄTTER

Herausgegeben vom Volksbildungswerk für das Burgenland
in Verbindung mit dem Landesarchiv und Landesmuseum

23. Jahrgang

Eisenstadt 1961

Heft Nr. 3

Die Burgenlandfrage als internationales Problem

Von Walter Goldinger, Wien

Die Zugehörigkeit des deutsch besiedelten Grenzstreifens im westlichen Ungarn wurde etwa seit der Jahrhundertwende in den Erörterungen zum Umbau der Donaumonarchie mehrfach aufgerollt, so von Aurel Popovici in seinem Entwurf für „Die vereinigten Staaten von Großösterreich“¹. Kreise des ungarländischen Deutschtums in Wien griffen den Gedanken auf und arbeiteten in Vereinsform, teilweise auch publizistisch, in derselben Richtung. Bei einer Umgestaltung Österreich-Ungarns zu einem Bundesstaat sollte der Teil Deutschösterreich auch das gesamte Gebiet der ungarischen Westgrenze umfassen. Auf dem Papier schien es sich lediglich um ein nationales Problem der deutschsprechenden Bevölkerung diesseits und jenseits der Leitha zu handeln. Indes, so einfach lagen die Dinge im Donaauraum nicht. Die enge Verzahnung der Nationalitäten und Volkssplittler ließ auch andere ihre Augen dem fraglichen Gebiet zuwenden und Lösungen ganz anderer Art planen.

Im Dezember 1914 weilte Thomas Masaryk in Rom und hatte dort Besprechungen mit Vertretern der Kroaten und Slowenen. Dem russischen Journalisten Vsevolod Svatkovskij äußerte er sich darüber, es sei der allgemeine Wunsch der Tschechen und Südslawen, eine Verbindung in der Zone der kroatischen Sprachinseln zwischen Österreich und Ungarn zu haben². Der „Korridorplan“, der Wunsch der Tschechen und Südslawen nach einem unmittelbaren territorialen Zusammenhang, war geboren. Sie verstanden es in der Folge, die Angelegenheit zu einem internationalen Problem zu machen. Im April 1915 entwickelte Masaryk diesen Gedanken in einem Memorandum, das er dem britischen Außenminister Grey vorlegte³. Es deckt sich inhaltlich mit Vorschlägen, die Masaryk im Oktober 1914 mit dem englischen Publizisten Seton-Watson bei einer Zusammenkunft in Rotterdam erörtert hatte. Auch Eduard Benesch trat in seiner 1916 erschienenen Schrift

1 Erschienen 1906, S. 308.

2 N. Pokrowski — O. Hoetzsch, Die internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus. Dokumente aus den Archiven der Zarischen und der Provisorischen Regierung, II. Reihe, 6/2, 590 f., nr. 696.

3 Übersetzung bei Karl Friedrich Nowak, Chaos, 1920, 343 f.

„Detruisez l'Autriche“ für eine Verbindung des tschechischen mit dem serbischen Territorium ein⁴.

Nach dem Zerfall Altösterreichs mußten naturgemäß viele Probleme akut werden, deren Aufrollung vorher die bloße Existenz der Monarchie verhindert hatte. Der junge Staat Deutschösterreich meldete jetzt einen Anspruch auf Deutschwestungarn an. In der Staatserklärung vom 12. November 1918 sind auch die deutschen Gemeinden der Gespanschaften Ödenburg, Preßburg, Wieselburg und Eisenburg aufgezählt. Es war jedoch klar, daß man auf einem staatsrechtlich fremden Gebiet, auf dem man über keine Behörde verfügte, keine Gebietshoheit ausüben konnte. So kam es am 22. November zu dem Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung, es müsse bei den Friedensverhandlungen darauf bestanden werden, daß diesen deutschen Siedlungen das gleiche Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werde, das nach den wiederholten Erklärungen der ungarischen Regierung allen anderen Völkern Ungarns eingeräumt sei. Auch diese Aufwerfung des Gedankens des Selbstbestimmungsrechtes mit seinen vielschichtigen Aspekten⁵ führte auf den Boden internationaler Auseinandersetzungen. Auf der Friedenskonferenz mußten alle diese Fragen zur Austragung kommen.

Für die Alliierten in Paris bot die westungarische Frage zunächst wenig Interesse. In der Sitzung der Territorialkommission vom 5. März 1919 hielt man eine Erörterung über die Grenzen von Deutschösterreich und Ungarn nicht für erforderlich⁶. Das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Heidebauern erschien unwichtig, doch zeigte sich bald, daß hier tiefergreifende Fragen der Raum- und Weltpolitik mit im Spiele waren. Noch hatten die Tschechen den Korridor Gedanken nicht aufgegeben, wenngleich er bei den Jugoslawen keinen sehr starken Widerhall fand. Der tschechoslowakische Außenminister Benesch entwickelte in einer an die Friedenskonferenz gerichteten Denkschrift jene Punkte, die für und gegen den Korridor sprachen. Er behauptete, daß das fragliche Gebiet zu 25—30 % von Slawen besiedelt sei. Trotzdem würden vom Standpunkt des Nationalitätenprinzips Bedenken entstehen. Deutsche und Madjaren könnten sich veranlaßt sehen, diesen Damm mit Gewalt zu brechen. Dieser sei vom militärischen Standpunkt nicht zu verteidigen. Als Folge würde ein Herd beständiger Unsicherheit entstehen. Dagegen lasse sich jedoch einwenden, daß das Nationalitätenprinzip nirgends vollkommen durchgeführt werden könne, wieviele Grenzen seien nicht künstlich? — Bei allen Erwägungen müsse der Gedanke im Vordergrund stehen, die Deutschen und Madjaren zu trennen, sie an einem Bündnis gegen die Slawen zu hindern. Die Deutschen dürften sich nie mehr der Madjaren als Mittel der Herrschaft in Mitteleuropa bedienen. Darum müsse zwischen Tschechen und Jugoslawen eine Nachbarschaft hergestellt werden. Diese Frage bilde kein rein örtliches Problem zwischen Tschechen und Jugoslawen, sei vielmehr in wahren Sinn als europäisches Anliegen zu bezeichnen⁷.

4 Emmerich Falk, Das Burgenland im Blickfeld tschechischer Großherrschaftspläne, 1938, 30 ff.

5 Reinhold Lorenz, Das Selbstbestimmungsrecht im österreichischen Kriegsparlament 1917/18. Festschr. f. Karl Gottfr. Hugelmann 1, 1959, 345—382.

6 Nina Almond — Ralph Haswell Lutz, The Treaty of St. Germain, London 1935, nr. 89.

7 Hermann Raschhofer, Die tschecho-slowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/20, 1937, 61—67.

Dies traf gewiß zu und darum war die ganze Frage auch nicht einfach in dem einen oder dem anderen Sinne lösbar. Auch der Gegensatz zwischen Italien und Frankreich, deren Donauraumpolitik sich nicht auf einen Nenner bringen ließ, wurde wirksam. Daraus gewann der Führer der österreichischen Delegation in St. Germain, Staatskanzler Renner, den Eindruck, daß das Burgenland für Ungarn auf jeden Fall verloren sei. Ob Österreich ein Stück davon gewinnen könne, schien ihm aber mehr als unsicher. Ein günstiger Umstand wollte es, daß Renner Land und Leute dieses Gebietes aus eigener Anschauung und aus den Familienbeziehungen seiner Frau sehr gut kannte⁸.

Die Grenzfrage zwischen Österreich und Ungarn wurde in der Sitzung des Rates der fünf Außenminister der Entente am 8. Mai 1919 besprochen. Man neigte dazu, es bei der alten Grenzziehung zu belassen. Doch hob der englische Vertreter Balfour hervor, er habe Kenntnis, daß es dort eine deutsche Bevölkerung gebe, die sich mit Österreich zu vereinigen wünsche. Doch sei die Angelegenheit für die Alliierten nicht von großem Interesse. Mr. Lansing hob jedoch namens der Vereinigten Staaten hervor, daß Österreich das westungarische Problem aufwerfen werde. Es verdient festgehalten zu werden, daß sich in diesem Stadium Italien noch nicht auf die Seite Österreichs gestellt hatte. Außenminister Sonnino sagte vielmehr, Österreich und Ungarn hätten durch 50 Jahre (er meinte offenbar, seit dem Ausgleich) über diese Grenze nicht gestritten, es müsse verhindert werden, daß jetzt neue Schwierigkeiten entstünden.

Der Rat der Fünf beschloß darauf, es mögen durch eine Kommission Informationen eingeholt werden, doch hätten weitere Aktionen zu unterbleiben, solange die Frage weder von Österreich noch von Ungarn aufgeworfen würde⁹. Doch unterstrich wenige Tage später, am 12. Mai, Präsident Wilson im Rat der Zehn, er sei informiert, daß die Sache von Österreich zur Sprache gebracht würde. Trotzdem kam es zu dem Beschluß, die Grenzen von 1867 beizubehalten. Sollten aber Mißhelligkeiten entstehen, so wäre die Frage neuerlich zu beraten¹⁰.

Der Text der Friedensbedingungen, der den österreichischen Vertretern in Saint Germain am 2. Juni übergeben wurde, hielt sich demgemäß an diese Beschlüsse. In Notizen vom 10. und 16. Juni sprach die österreichische Delegation das Bedauern aus, daß man „den mehrfach geäußerten Wunsch der deutschen Bevölkerung Westungarns nach Zulassung zur Volksabstimmung über ihren Anschluß an Deutschösterreich mit entmutigendem Stillschweigen übergangen“ habe. Sie verstand es auseinanderzusetzen, daß innerhalb des früher gemeinsamen österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes die Leitha bloß eine administrative Grenze gebildet habe. Deutschösterreich strebe nicht nach Annexion, hege bloß den Wunsch nach einer freien Volksabstimmung¹¹.

Am 2. Juli beantragte der britische Außenminister Balfour im Rat der Fünf, die österreichisch-ungarische Grenze neuerdings auf die Tagesordnung zu setzen¹².

8 Ernst Friedrich Beer, Erinnerungen an St. Germain. Burgenländisches Leben II/7, 1951, 10—11.

9 Almond — Lutz, nr. 144.

10 Ebd., nr. 145. Schicksalstage unseres Volkes. Burgenl. Leben 2, 1951, Nr. 11, S. 38.

11 Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye, 2 Bände, 1919.

12 Almond — Lutz, nr. 146.

Am nächsten Tag unterbreitete die tschechische Delegation eine Denkschrift, in der die Korridorwünsche fallengelassen wurden. Doch verlangte sie angesichts der großen Bedeutung eines sicheren Zugangs zur Adria die Neutralisierung der westungarischen Grenzzone oder ihre Unterstellung unter den Völkerbund. Für den Verzicht auf den slawischen Korridor zwischen Preßburg und Laibach, der Italien sehr unerwünscht war, verlangten die Tschechen zwei Eisenbahnlinien, eine über Österreich und eine über Ungarn. Sie sollten ihnen den Weg zur Adria auch dann sicherstellen, wenn sie mit einem der beiden Staaten, in erster Linie dachten sie an einen Zusammenstoß mit Ungarn, in Konflikt gerieten. Für diesen Fall sollte der Weg über Österreich offen bleiben¹³. Italien machte Einwendungen. Es wollte am liebsten das ganze Gebiet bei Ungarn belassen, freilich gegen Garantien, die Österreich von seinem Nachbarstaat bekommen sollte. Die Festsetzung der Tschechen am rechten Donauufer, am Preßburger Brückenkopf bei Engerau, sollte hintertrieben werden. Daß das Gebiet der Stadt Gmünd ohne den Bahnhof schließlich bei Österreich verbleiben durfte, war eine Kompensation des Verlustes, den Österreich, im Grunde aber die italienische Donaumpolitik, durch das Hinübergreifen der Tschechoslowakei über den Strom zu verzeichnen hatte. Ebenso verstand es die österreichische Friedensdelegation, durch geschickte Einschaltung in das politische Kräftespiel den Gegensatz zwischen Italien und Jugoslawien zugunsten des Burgenlandes auszunützen¹⁴.

In der zweiten Fassung der Friedensbedingungen, die der österreichischen Delegation am 20. Juli übergeben wurden, war Österreich ein Gebiet mit einer Bevölkerung von 250.000 Deutschsprechenden in Westungarn zugestanden. Wieselburg, Güns und St. Gotthard wären bei Ungarn geblieben, Ödenburg sollte jedoch zu Österreich kommen. Die Entscheidung darüber war in Paris am 10. und 11. Juli gefallen. Strategische Rücksichten auf die Eisenbahnlinie Preßburg—Agram bestimmten diesen für Österreich sehr ungünstigen Grenzverlauf, was einen Verlust von 50.000 Deutschsprechenden bedeutete. Von einer Volksabstimmung, die Renner vorgeschlagen hatte, sah man ab, da die klaren Bevölkerungsverhältnisse sie überflüssig erscheinen ließen¹⁵.

Diese Entscheidung löste den Widerstand der Ungarn aus. Der Druck auf die österreichfreundliche Bevölkerung des Burgenlandes verstärkte sich. Dazu kam, daß zur selben Zeit die Räteherrschaft zusammenbrach, die rote Armee in Ungarn sich auflöste. Anarchie schien auch über Westungarn hereinzubrechen. Viele hielten nun den Augenblick für gekommen, daß Österreich nunmehr mit bewaffneter Macht das ihm nach Abschluß des Friedensvertrages zugesprochene Gebiet besetze. Auch fielen jetzt die innerpolitischen Bedenken weg, daß die Arbeiterschaft ein Vorgehen gegen Räteungarn nicht zulassen würde. Dafür sprach auch der Umstand, daß der Leiter der britischen Militärkommission in Wien, Oberst Cunninghame, mehrfach hatte wissen lassen, daß die Entente einen Einmarsch Österreichs in Westungarn dulden würde¹⁶. Im Auftrag des Staatskanzlers wurden noch knapp vor seiner Abreise

13 Ebd., nr. 147.

14 Otto Brunner, Die Teilung des westungarischen deutschen Siedlungsgebietes und die Entstehung des Burgenlandes. Handwörterbuch f. Grenz- u. Auslandsdeutschum 1, 1933, 716 ff.

15 David Hunter Miller, My diary of the conference of Paris 19, 510 f.; Almond — Lutz, nr. 148.

16 Julius Deutsch, Aus Österreichs Revolution, 1921, 78 ff.

nach Saint Germain vom Staatsamt für Heerwesen alle erforderlichen Maßnahmen getroffen¹⁷. Doch unterblieb ihre Durchführung, obwohl Oberst Cunninghame am 16. Mai ebenfalls ein österreichisches Vorgehen anriet. Doch wußte man in solchen Fällen nie, ob solche Empfehlungen wirklich ein Mandat seitens aller Entente-mächte zu bedeuten hätten. Auch mußte bei der labilen innerpolitischen Situation — Österreich erlebte am 17. April und 15. Juni 1919 kommunistische Putschversuche — in Rechnung gestellt werden, daß Österreich nicht als Arm der Entente gegen das sozialistische Ungarn, das eben damals einen Feldzug gegen die Tschechoslowakei führte, erscheinen durfte¹⁸.

Anfang August hatte sich aber die Lage vollends geändert. Jetzt bestand die Gefahr, daß rumänische, jugoslawische, vielleicht auch tschechoslowakische Truppen in das Grenzland einrücken würden. Der Augenblick schien gekommen, österreichische Sicherungskräfte in das Burgenland zu entsenden. Renner gab aus Saint Germain telegraphisch sein Einverständnis kund und unterrichtete in einer Note Clemenceau, daß der österreichische Grenzschutz bis zur Linie der Friedensbedingungen vorgeschoben worden sei. Dies war ein Mißverständnis und Renner beilte sich, in weiteren Noten einen direkten Auftrag der Entente für die Besetzung zu erwirken. Auch in Wien konnte man aus den Verhandlungen mit den Entente-missionen kein klares Bild gewinnen, man wußte nicht, ob der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, General Roberto Segré, für alle Alliierten oder nur für Italien spreche, und konnte den Zweifel nicht unterdrücken, ob man das Land gegen einen Angriff, mit dem Ungarn drohte, werde behaupten können. Um Blutvergießen zu vermeiden, beschloß der Hauptausschuß der Nationalversammlung, für die Besetzung auf die Zustimmung der Entente zu warten¹⁹. In einer Note vom 16. August ließ Ungarn wissen, daß jede den Beschlüssen der Friedenkonferenz voreilende Handlung auf bewaffneten Widerstand stoßen würde²⁰. Die Vertreter der Entente in Paris machten es sich jedoch leicht. Am 18. August beschloß der Oberste Rat, auf die österreichischen Noten keine Antwort zu geben. Dies bezog sich sowohl auf jene Mitteilungen, die irrtümlich von einer bereits erfolgten Besetzung gesprochen hatten, ebenso aber auch auf spätere Vorstellungen, in denen um ein ausdrückliches Mandat der Entente ersucht wurde²¹.

Am 10. September 1919 unterzeichnete Dr. Renner den Friedensvertrag in Saint Germain. Als einziger territorialer Gewinn war das Gebiet des Burgenlandes in den dort umschriebenen Grenzen zu buchen. Doch weit war der Weg, bis Österreich tatsächlich in den Besitz dieses ihm zugesprochenen Gebietes kam. Mehr als zwei lange Jahre gingen darüber hinweg. Ungarn beharrte auf seinem Scheine, daß das Gebiet weiterhin unter seiner Verwaltung stand, solange ihm nicht selbst die Abtretung in seinem eigenen Friedensvertrage auferlegt wurde. Es änderte nicht viel daran, daß eine interalliierte Militärkommission nach Westungarn entsendet wurde, die Klagen über Bedrückungen und Verfolgungen der österreich-

17 Siegmund K n a u s, *Freiheitskämpfe in Deutschösterreich* 8, 1942.

18 D e u t s c h, a. a. O., 79.

19 E b d., 80.

20 Papers and documents relating to the foreign relations of Hungary I, New York 1939, nr. 4.

21 A l m o n d — L u t z, nr. 150, 151.

freundlichen Bevölkerung nahmen kein Ende²². Es ist begreiflich, daß die ungarische Friedensdelegation in Neuilly alle historischen, wirtschaftlichen und ethnischen Argumente, mit denen Österreich in Saint Germain seine Ansprüche gestützt hatte, zu entkräften suchte. Um wessen Interessen geht es, um die Österreichs oder Westungarns? fragte Graf Apponyi, der Führer der ungarischen Delegation. Die Antwort müsse im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes eindeutig sein²³.

Viel kam da auf eine außenpolitische Untermauerung der österreichischen Ansprüche an. Renner suchte und fand jetzt Anlehnung an die Tschechoslowakei. Eine Reise nach Prag im Jänner 1920 führte zu einem Abkommen mit Außenminister Benesch, dessen wesentlicher Inhalt aber der Öffentlichkeit nicht bekanntgemacht wurde, trotzdem Renner in der Nationalversammlung dazu eine Erklärung abgab. Die österreichischen Verkehrswege wurden nach dieser Abmachung im Kriegsfall den Tschechen für den Aufmarsch gegen Ungarn zur Verfügung gestellt. Wenn auch die Wiener Ententemission den Ungarn versicherte, man werde auf keinen Fall einen Durchmarsch der Tschechen durch Österreich nach Westungarn gestatten, das noch immer unter der Oberhoheit der Entente stünde, hatte man in Budapest doch Sorge vor einer Einkreisung, da man ähnliche Vereinbarungen Österreichs mit Jugoslawien, vielleicht auch mit Rumänien befürchtete²⁴. Die interalliierte Militärkommission in Budapest berichtete jetzt an den Obersten Rat in Paris, daß die Bevölkerung Westungarns eine Annexion durch Österreich ablehne und eine Volksabstimmung verlange²⁵.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung schlug die ungarische Regierung in Wien die Gewährung einer Autonomie an Westungarn vor, die auch dann gelten sollte, wenn die Volksabstimmung zugunsten Ungarns ausgehen würde. Weiters wurden wirtschaftliche Kompensationen, Präferenzzölle, sogar eine Zollunion in Aussicht gestellt. Wien konnte darauf nicht eingehen, was in der Sitzung der Nationalversammlung vom 19. Februar 1919 einmütig zum Ausdruck kam. Denn Ungarn hatte verlangt, daß das Land von einer begrenzten Anzahl eigener Truppen besetzt bleiben sollte, in deren Anwesenheit das Plebiszit vorzunehmen wäre. Österreich verschloß sich dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechtes nicht, wies aber darauf hin, daß das Land bereits de jure ihm angehöre. Es solle sich ehestens durch Wahl eines Landtages als selbständiges Verwaltungsgebiet konstituieren. Das Schicksal der Heidebauern könne kein handelspolitisches Kompensationsobjekt bilden²⁶.

Als sich Dr. Renner zu Ostern 1920 nach Rom begab, setzte die Budapester Regierung alle Hebel in Bewegung, um von dort auf ihn einzuwirken. Italien wünschte nicht, daß Österreich sich mit den Tschechen gegen Ungarn verbünde, befand sich aber als Vermittler in einer ungünstigen Lage, da es angesichts seiner eigenen starren Haltung gegenüber Südtirol Österreich schwer den Verzicht auf

22 Ebd., nr. 155, 156, 157, 158.

23 Ebd., nr. 159.

24 Papers nr. 84, 91, 92, 98, 102.

25 Ebd., Appendix, S. 873 f.

26 Papers nr. 113, 117, 120, 121, 124, 127, 139, 166.

ein Gebiet nahelegen konnte, das ihm durch den Friedensvertrag zugesprochen war²⁷.

Am 4. Juni 1920 unterzeichnete Ungarn in Trianon den Friedensvertrag und übernahm damit die Verpflichtung zur Abtretung des Burgenlandes, die in dem Instrument festgelegt war. Am 28. Juni richtete die ungarische Regierung ein Memorandum nach Paris und beschwor die Entente, Österreich, das sich über kurz oder lang Deutschland anschließen werde, nicht zu vergrößern. Die französische Diplomatie zeigte dafür Verständnis, wies aber auf die Schwierigkeit hin, daß Frankreich als Signatar der Verträge von Saint Germain und Trianon offen zu deren Durchlöcherung beitragen solle. Auf keinen Fall käme eine Abtretung des Burgenlandes vor der Ratifikation des Trianoner Vertrages in Frage. Diese ließ noch ein Jahr auf sich warten²⁸.

Vorübergehend trat die westungarische Frage in den Hintergrund, als die Russen vor Warschau standen, Wien ebenso wie Budapest dem Vordringen des Bolschewismus mit Besorgnis entgegensahen. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten diesseits und jenseits der Leitha schienen sich unter diesen Umständen zu bessern. Doch störte das Abkommen, das Österreich in Kopenhagen mit Rußland über den Rücktransport der Kriegsgefangenen abschloß, einen weiteren Fortschritt²⁹. In diesem wurde nämlich auch die Überstellung der nach Österreich geflüchteten Volkskommissäre mit Bela Kun an der Spitze, denen Österreich durch den sogenannten Agoston-Hornbostel-Vertrag vom 2. August 1919 Asyl gewährt hatte³⁰, in die Sowjetunion zugesichert. Renner, der eine Einbeziehung Österreichs in die Kleine Entente zu vermeiden suchte, glaubte noch immer zu einem tragbaren Abkommen mit Ungarn gelangen zu können. Dieses suchte sich jetzt der Hilfe Italiens zu versichern. Es erklärte, Westungarn nicht räumen zu können, weil dies von der Bevölkerung als Verzicht aufgefaßt würde, was bei der Volksabstimmung abträgliche Folgen haben müßte. Doch könnte Italien eine Vermittlerrolle übernehmen und Österreich eine Autonomie Westungarns anbieten³¹. Ein weiterer Hebel der ungarischen Politik fand sich darin, daß Österreich wegen der drängenden Lebensmittelnöte genötigt war, Ungarn um Aushilfen zu bitten.

Nach den Neuwahlen im Oktober 1920 zog sich in Österreich die Bildung einer Regierung lange hin. Indessen begab sich ein prominenter Vertreter der christlich-sozialen Partei, der frühere Wiener Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, zu Verhandlungen nach Budapest. Er erreichte die Bereitwilligkeit Ungarns zu einem Handelsvertrag mit der Zusicherung, daß Österreich geneigt sei, nach Ratifikation des Vertrages von Trianon mit Ungarn ein direktes Abkommen über das Burgenland abzuschließen. Der ungarische Außenminister Graf Imre Csáky ließ dabei durchblicken, daß eine Volksabstimmung und das Versprechen eines Minderheitenschutzes eine mögliche Grundlage bilden könnten³².

27 Ebd., nr. 207, 215, 221, 238.

28 Ebd., nr. 405, 405a.

29 Ebd., nr. 468, 470, 475, 479, 500, 516.

30 Ebd., S. 66.

31 Ebd., nr. 649.

32 Ebd., nr. 743, 747, 750, 756, 768, 773, 776.

Der neue Bundeskanzler Dr. Michael Mayr, der auch die auswärtigen Angelegenheiten führte, schloß sich grundsätzlich diesen Gedankengängen an, dachte aber nur an kleinere Grenzberichtigungen. Auch hielt er es für besser, solche Verhandlungen über die Entente zu führen, da er sonst große Schwierigkeiten im Parlament befürchtete. Er richtete mehrere Memoranden an die Botschafterkonferenz, die an den Ansprüchen Österreichs durchaus festhielten und auf die bedrohliche Entwicklung hinwiesen, die einen Handstreich regulärer und irregulärer ungarischer Formationen befürchten ließen. Als die Ungarn davon erfuhren, bezichtigten sie Mayr eines Doppelspiels und der Perfidie³³. Der wesentliche Unterschied der Auffassungen bestand jedoch darin, daß Mayr nur an die Abtretung weniger Dörfer dachte, während Ungarn eine befriedigende Lösung nur dann für möglich hielt, wenn ihm ein beträchtlicher Teil des Burgenlandes überantwortet würde. Indes, die Botschafterkonferenz beschloß am 23. Dezember 1920, daß das gesamte Gebiet an die Alliierten und von diesen an Österreich zu übergeben sei³⁴. In Budapest, wo man sich den größten Hoffnungen hingegeben hatte, war man bestürzt, drohte mit der Verweigerung der Unterschrift für den Handelsvertrag und erklärte, daß überhaupt erst die ökonomische Auseinandersetzung über das ehemals gemeinsame österreichisch-ungarische Vermögen abgeschlossen werden müßten. Dies schien die Möglichkeit zu einer weitgehenden Verschleppung zu bieten. Außerdem würde sich Ungarn hermetisch gegen das losgelöste Gebiet absperren, womit angesichts des Grenzverlaufes auch eine vollständige Absperrung gegenüber Österreich gegeben sei. Österreich solle sich überlegen, wie dann weiter das Deutschtum in Ungarn gesichert werden könne, den Sieg würde letzten Endes die tschechische Politik davontragen³⁵.

Österreich blieb jedoch fest. Bundeskanzler Mayr erklärte, in der Burgenlandfrage könne es sich nur um ein Verfahren außer Streitsachen handeln. Er wollte damit sagen, die Rechtslage sei klar, ein Verzicht unmöglich, über Einzelheiten werde man mit sich reden lassen. Die ungarische Taktik, noch vor Ratifikation des Vertrages von Trianon durch zweiseitige Verhandlungen vollzogene Tatsachen zu schaffen, verfiel daher nicht. Die Botschafterkonferenz in Paris setzte fest, daß das Burgenland am 27. August 1921 an die Entente zu übergeben sei, die dann die Souveränität an Österreich übertragen werde. Trotzdem machte Ungarn noch in letzter Stunde in Wien Vorschläge, die auf eine Teilung des Landes abzielten. Österreich lehnte im Bewußtsein seines guten Rechtes ab, ließ aber die Möglichkeit offen, daß nach Übergabe des Landes bei den Details der Abgrenzung der Wille der Bevölkerung berücksichtigt würde.

Wie bekannt, setzte Ungarn der Übergabe des Burgenlandes durch Freischärler und getarntes Militär bewaffneten Widerstand entgegen. Österreich blieb nur die Möglichkeit des Protestes. Am 6. September richtete der Bundesrat an die 2. Völkerbundversammlung einen Appell, diese möge geeignete Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens und zur Achtung der durch Verträge gewährleisteten Grenzen treffen³⁶. Vergeblich. Auch andere diplomatische Schritte brachten wenig Erfolg. Die Unterstützung der Tschechen und Jugoslawen in Anspruch zu nehmen,

33 Ebd., nr. 782, 784, 787, 788, 795, 801, 821.

34 Ebd., nr. 879.

35 Ebd., nr. 858, 869, 871, 881, 884, 885, 886, 887, 890, 894.

36 Stenographische Protokolle d. Bundesrates, S. 262 ff.

schien gefährlich, da man befürchten mußte, daß diese das Land nicht mehr verlassen würden. Wohl trat Außenminister Benesch als Vermittler auf. Bundeskanzler Schober hatte mit ihm eine Zusammenkunft in Hainburg. Doch zeigte sich bald, daß die Entente, die allmählich mit einem stärkeren Druck auf Ungarn einsetzte, Italien die Regelung der ganzen Angelegenheit überlassen hatte. Dieses hatte angesichts seiner Spannungen mit Jugoslawien ein wesentliches Interesse, Ungarn nicht zu sehr zu verstimmen, auch brachte es dem Eingreifen der Tschechen wenig Sympathie entgegen³⁷. Es lud daher Österreich zu einer Konferenz in Venedig ein. Dort verlangte Bundeskanzler Schober die Säuberung des Burgenlandes von den Banden. Er wurde jedoch von dem italienischen Außenminister Toretta, der früher Gesandter in Wien gewesen war, unter schweren Druck gesetzt. Dieser wies auf die nachteiligen Folgen einer unnachgiebigen Haltung Österreichs für die Finanz- und Kreditverhandlungen hin, die eber im Gange waren. Österreich mußte sich zur Abtretung Ödenburgs und der angrenzenden Ortschaften an Ungarn verstehen. Wohl sollte eine Volksabstimmung darüber entscheiden. Es war aber klar, daß dieses Gebiet, das den Mittelpunkt des Burgenlandes hätte bilden sollen, verloren war. Die nächsten Monate bewiesen, daß die Entente nicht willens war, die Reinheit des Abstimmungsverfahrens in diesem umstrittenen Territorium zu sichern, wie das ein Jahr vorher in Kärnten der Fall gewesen war. Daran ändert der Umstand nichts, daß der italienische Abstimmungskommissär in Ödenburg, General Ferrario, das Plebiszit für fair hielt³⁸ und das ungarische Außenministerium nachträglich der amerikanischen Forscherin Sarah Wambaugh gegenüber dieselbe Auskunft gab³⁹. Viel bezeichnender ist, daß der ungarische Abstimmungskommissär einige Jahre später dem Gesandten Hornbostel offen eingestand, daß „für das Verbleiben der Stadt bei Ungarn in der Tat etliche Tausende von längst Verstorbenen und Begrabenen gestimmt haben“⁴⁰.

Immerhin, das am 13. Oktober 1921 in Venedig unterzeichnete Protokoll verpflichtete Ungarn, die Aufständischen zur Niederlegung der Waffen zu verhalten. In der Zeit vom 13. bis 30. November rückte das österreichische Bundesheer in das Burgenland ein. Ein letztesmal entstand eine leichte Krise, als Ungarn im März 1922 unter Berufung auf die Mantelnote des Vertrages von Trianon größere Grenzberichtigungen begehrte. In einer Sitzung vom 9. März lehnte der österreichische Nationalrat diese Forderungen einmütig ab. Im September gestand der Völkerbund nur geringfügige Änderungen des Grenzverlaufes zu. Seither hat die Burgenlandfrage aufgehört, ein internationales Problem zu bilden. Auch das Schicksal, das ihm in Saint Germain zudedacht war, ein dauernder Zankapfel zwischen Österreich und Ungarn zu werden, ist ihm erspart geblieben.

37 Brunner, a. a. O.

38 Ferrario, Italia e Ungheria. Storia del Regno d'Ungheria in relazione con la storia italiana, Mailand 1926, 300 ff.

39 Sarah Wambaugh, Plebiscites since the world war I, Washington 1933, 294—296. Viktor Miltschinsky, Das Verbrechen von Ödenburg, 1922.

40 Theodor Hornbostel, Fremde Einflüsse auf die Politik der I. Republik Österreich. Österreich in Geschichte und Literatur 2, 1958, 134.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Burgenländische Heimatblätter](#)

Jahr/Year: 1961

Band/Volume: [23](#)

Autor(en)/Author(s): Goldinger Walter

Artikel/Article: [Die Burgenlandfrage als internationales Problem 99-107](#)